

Die Marburger SPD

Parteitag am 27. November 2019

Antrag 8	
Antragsteller: Jusos Marburg	Adressat: Fraktion, Magistrat

1 **Solidarity - Seenotrettung weiter auf allen Ebenen stärken**

Der Parteitag möge beschließen:

2 Die Stadt Marburg engagiert sich gemeinsam mit der Stadtgesellschaft seit Jahren in
3 vorbildlicher Art und Weise für die Aufnahme und das Bleiberecht von Geflüchteten.
4 Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit der Betreuung und generell der
5 Rettung von Geflüchteten beschäftigen, erfreuen sich aktiver Mitglieder und tragen
6 zu einem offenen und toleranten Stadtklima bei. Demonstrationen der Seebrücke
7 werden von einer Vielzahl an weltoffenen Organisationen und Parteien unterstützt,
8 so auch von uns. Hier ist der Draht von Stadtgesellschaft zu
9 Stadtverordnetenversammlung und Magistrat kurz und direkt. Es zeigt sich: Bei
10 Seenotrettung kommt der kommunalen Ebene eine zentrale Rolle zu. Daher fordern
11 wir:

- 12 • Die Marburger SPD möge sich auf allen ihr zur Verfügung stehenden Ebenen
13 weiterhin für eine Seenotrettung und menschenwürdige Unterbringung und
14 Umgang mit Geflüchteten einsetzen. Den zivilgesellschaftlichen Retter*innen
15 ist nicht nur ihr Wirken zu erleichtern, sondern verdient mindestens intensive
16 staatlicher Unterstützung – Kein Mensch ist illegal!
- 17 • Die Marburger SPD begrüßt das Engagement von Oberbürgermeister Dr.
18 Thomas Spies, die Vernetzung von Städten sicherer Häfen zu intensivieren
19 und die gemeinsame kommunale Stimme gegenüber Land, Bund und EU zu
20 stärken.
- 21 • Die Marburger SPD und ihre Amtsträger*innen fordern die Schwarz-Grüne
22 Landesregierung auf, endlich ein Landesaufnahmegesetz auf den Weg zu

23 bringen und umzusetzen. Während immer noch "geprüft" wird statt zu
24 handeln, sterben täglich Menschen. Dieses Nichtstun und Wegschauen ist
25 nicht länger hinnehmbar. Wir fordern die kurzfristige Aufnahme aus Seenot
26 Geretteter zusätzlich zu den bestehenden Aufnahmequoten.

27 • Gemeinsam mit anderen Kommunen soll die Stadt Marburg ein Konzept
28 erarbeiten, das zukünftig kommunale Visa ermöglicht. Dies soll verhindern,
29 dass zukünftig Rettungsschiffe wochenlang nicht an Häfen wegen einer
30 unklaren „Verteilung“ der Geflüchteten anlegen können.

31 • Weiterhin setzt sich die Marburger SPD für die Umsetzung der von Prof.
32 Gesine Schwan vorgeschlagenen kommunalen Flüchtlingsaufnahme ein, bei
33 der Kommunen von der EU für die freiwillige zusätzliche Aufnahme von
34 Geflüchteten in doppelter Weise gefördert werden: die Kosten für die
35 Aufnahme werden getragen und die selbe Summe zur Unterstützung des
36 guten Zusammenlebens als Fördermittel bereitgestellt.

37

38

39 Begründung:

40

41 Seit Anfang des Jahres sind über 800 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Noch
42 immer ist die humanitäre Krise vor den Toren Europas nicht gelöst. Im Gegenteil:
43 Rettungsmissionen, wie „Mare Nostrum“ wurden eingestellt und die Häfen für
44 zivile Rettungsschiffe geschlossen. Europa schottet sich ab und finanziert
45 stattdessen die Abwehr von Flüchtenden durch die libysche Küstenwache. Jede
46 Woche versagen wir darin Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft und den Schutz
47 der Schwächeren in Taten umzusetzen.

48 Die humanitäre Pflicht der Rettung von in Seenot geratenen Menschen ist nicht
49 diskutabel und durch die Seerechtskonvention der vereinten Nationen geschützt.

50 So ist jeder Kapitän dazu verpflichtet, die in Seenot Geratenen innerhalb einer
51 angemessenen Zeit an einen Ort zu bringen, an dem das Leben der betroffenen
52 Menschen als nicht mehr in Gefahr betrachtet werden kann. Zudem müssen dort
53 die erforderlichen humanitären Grundbedürfnisse erfüllt sein. Die NGOs vor Ort
54 im Mittelmeer leisten die Arbeit, die eigentlich durch staatliche Institutionen der
55 Mitglieder der europäischen Union übernommen werden müssten. Ihre
56 Kriminalisierung ist nicht tolerierbar.

57 Ein Lichtblick sind lokale Strukturen in den europäischen Mitgliedstaaten auch
58 hier bei uns in Hessen. Kommunen und Städte schließen sich zu "Sicheren
59 Häfen" oder "Solidarity Citys" zusammen und erklären ihre Bereitschaft im Notfall
60 sofort aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen. Diese Kommunen und das
61 Land Hessen könnten als Vorbild für weitere Kommunen dienen und eine
62 Kettenreaktion der dezentralen, lokalen Solidarität auslösen. Dies sollten wir
63 unterstützen und Wege zu schaffen, dass diese Hilfe schnell erfolgen kann.